

Antrag

des Abg. Dr. Fulst-Blei u. a. SPD

Nachlassende wirtschaftliche Dynamik in Baden-Württemberg: Wie reagiert die Landesregierung?

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

zu berichten,

1. wie sie die Ergebnisse des IW-Regionalrankings 2026 (IW-Report 23/2026) bewertet, wonach Baden-Württemberg im langfristigen Niveauvergleich seit 2016 von 30 auf nur noch 19 Regionen in den bundesweiten Top 100 zurückgefallen ist, während beispielsweise Bayern seine Zahl im selben Zeitraum von 53 auf 58 Regionen ausgebaut hat;
2. wie sie den Befund einordnet, dass Baden-Württemberg mit einem Anteil von 61,4 Prozent (27 von 44 Regionen) den bundesweit höchsten Anteil an „Verlierer“-Regionen aufweist – also an Regionen, die im Zehnjahresvergleich mindestens 25 Plätze verloren haben – und zugleich mit nur 4,5 Prozent (zwei Regionen) den geringsten Anteil an Gewinner-Regionen unter den Flächenländern;
3. ob sie in den unter Ziffer 2 genannten Regionen bereits Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt feststellen kann (aufgeschlüsselt nach Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, neu abgeschlossener Ausbildungsverträge und Entwicklung der Arbeitslosenquote für die Jahre 2020 bis 2026);
4. welche eigenen Daten, Analysen und Frühindikatoren sie zur regionalen Wirtschafts- und Standortentwicklung in Baden-Württemberg vorliegen und ob sie die Ergebnisse des IW-Regionalrankings teilt oder ihnen abweichende eigene Erkenntnisse gegenüberstellt;
5. inwieweit sie die von den Studienautoren benannten Ursachen für das Zurückfallen Baden-Württembergs teilt – insbesondere die Krise in den Branchen Automobil, Maschinenbau und Metallerzeugnisse, hohe Kosten, bürokratische Anforderungen und Zollkonflikte – und welche zusätzlichen oder abweichenden Ursachen sie sieht;
6. welche konkreten Maßnahmen, Programme und Initiativen sie seit 2016 ergriffen hat, um die regionale Wirtschaftskraft, die Standortqualität und die wirtschaftliche Dynamik in Baden-Württemberg zu stärken (bitte aufgeschlüsselt nach Handlungsfeldern, Programmen, Laufzeiten und eingesetztem Mittelvolumen);
7. welche der unter Ziffer 6 genannten Maßnahmen einer Evaluation unterzogen wurden (Angabe der Ergebnisse, durch wen und mit welchen Kosten) sowie welche Maßnahmen bislang aus welchen Gründen nicht evaluiert wurden;
8. welche Maßnahmen sie gezielt zur Begleitung des Strukturwandels in der Automobil- und Zulieferindustrie ergriffen hat und wie sie deren Wirkung bewertet, auch vor dem Hintergrund des verschärften Sparkurses bei Mercedes-Benz, Daimler Truck, Porsche und Bosch, des angekündigten Endes der Porsche-Tochter Cellforce sowie des Stellenabbaus bei Festo;
9. wie sie die Wirkung der Landesförderung regionaler Innovationscluster bewertet – etwa des Innovationsparks Künstliche Intelligenz in Heilbronn sowie der regionalen Digital Hubs und KI-Labs (vgl.

Drucksache 17/6456) – gerade vor dem Hintergrund, dass die Studie funktionierende Innovationsökosysteme aus dem Zusammenspiel von Wissenschaft, Wirtschaft und Stadtentwicklung als zentralen Erfolgsfaktor erfolgreicher Regionen (z. B. Würzburg, Cottbus) identifiziert;

10. wie sich die gemeindliche Steuerkraft und die Gewerbesteuerhebesätze in Baden-Württemberg – von der Studie als gewichtigste Einzelfaktoren des regionalen Erfolgs benannt – im Ländervergleich entwickelt haben und welche landesseitigen Maßnahmen hier nach ihrer Auffassung Wirkung entfaltet haben (aufgeschlüsselt für die Jahre 2022 bis 2025);
11. welche neuen Maßnahmen sie bereits für den kommenden Doppelhaushalt vorsieht, um die nachlassende wirtschaftliche Dynamik kurzfristig zu stoppen (bitte aufgeschlüsselt nach Einzelmaßnahme, Zeitplan und vorgesehenem Mittelvolumen);
12. ob und ggf. in welcher Höhe sie hierfür bereits im laufenden Haushaltsjahr Mittel zu diesem Zweck umschichtet;
13. bis wann mit der Vorlage einer umfassenden High-Tech-Strategie ihrerseits zu rechnen ist, die auch im Koalitionsvertrag angekündigt wurde.

22.6.2026

Dr. Fulst-Blei, Dr. Weirauch, Sigg, Dr. Kliche-Behnke, Fink SPD

Begründung

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) untersucht seit 2016 alle zwei Jahre die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsperspektiven der 400 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland. Anhand von 14 Indikatoren aus den Bereichen Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt und Lebensqualität bewertet das Ranking sowohl das aktuelle Niveau einer Region als auch ihre Dynamik. Die Ausgabe 2026 erlaubt erstmals einen konsistenten Rückblick über zehn Jahre.

Die Studie zeigt auch, dass wirtschaftlicher Erfolg gestaltbar bleibt: Regionen wie Cottbus oder Würzburg belegen, dass gelingender Strukturwandel möglich ist, wenn an vorhandene Stärken angeknüpft und Wissenschaft, Wirtschaft und Stadtentwicklung zu funktionierenden Innovationsökosystemen verknüpft werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Landesregierung das Zurückfallen Baden-Württembergs bewertet, welche Maßnahmen sie in den vergangenen Jahren ergriffen hat, welche davon viel, wenig oder keine Wirkung entfaltet haben und mit welchen konkreten Schritten sie nun kurzfristig umzusetzen gedenkt.